

Standpunkt BAUSBACK

*Meinungen und Meinungen
aus der Landespolitik*

Ausgabe 4 – März/April 2021

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freunde,

die Feiertage stehen unmittelbar bevor. Ihnen bzw. Euch mit allen Angehörigen wünsche ich frohe und gesegnete Festtage. Und sollte der Osterhase wieder einmal entkommen - vor einigen Jahren war sich unser Jüngster sicher, noch ganz knapp das Hinterteil bei der Flucht gesehen zu haben -, nehmen Sie es gelassen!

Es ist das zweite Osterfest, das unter der Last von Corona stattfindet. Verstehen wir die Ostertage als ein Symbol für Hoffnung, für die Überwindung von Widrigkeiten, Krankheiten und Tod. Impfungen – davon bin ich persönlich überzeugt – werden uns in diesem Jahr die Perspektive zurück in die alte liebe Normalität ebnet. Deshalb, wenn dann einmal genügend Impfstoff da ist: sich impfen zu lassen ist bei allen, die keine medizinische Gegenindikation haben, nach meiner Meinung auch Wahrnehmung aktiver sozialer Verantwortung!

Die Zeit steht übrigens auch politisch in der Pandemie nicht still. Ein wichtiger Erfolg für die Region ist der Hebammenstudiengang ab dem WS 2022/23 an der TH. Andrea Lindholz

tritt erneut mit überzeugendem Rückhalt für den Bundestag an. Als neue Herausforderung für mich steht die Leitung der Compliance-Kommission der Partei an, die ich auf Vorschlag und Bitte unseres Parteivorsitzenden und unseres Generalsekretärs in dieser Woche übernommen habe. Dazu werde ich in der nächsten Ausgabe ausführlich berichten!

Zeit findet, in meinen Standpunkt zu schauen, freut mich das.

Frohe Ostern und bleiben Sie mir gewogen!

Oliver Faust



Es ist das Osterfest alljährlich für den Hasen recht beschwerlich.

- Wilhelm Busch

Aber bevor uns der Alltag wieder einholt, können wir uns alle auf ein paar hoffentlich erholsame Festtage freuen. Wenn Sie bzw. Ihr dabei die

In dieser Ausgabe

Hebammenausbildung an der TH gesichert 2

Währungssouveränität – kein Thema für uns? 2

Teampayerin, kompetent, durchsetzungsstark 4

Nachruf auf Manfred Christ 5

„Islamischer Unterricht“ als neues Wahlpflichtfach 5

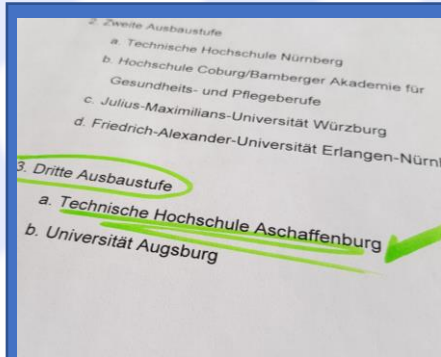
Nachruf auf Ludwig Ritter 6

Hebammenausbildung an der TH gesichert

Studiengang beginnt im Wintersemester 2022/23

In der letzten Ausgabe meines Infomagazins hatte ich bereits über den Workshop der CSU-Landtagsfraktion zur Akademisierung der Hebammenausbildung berichtet. Auch darüber, dass Aschaffenburg dafür hervorragende Voraussetzungen bietet. Einem Start steht nun nichts mehr im Weg!

In der Kabinettsitzung vom 9. März wurde von Seiten der Bayerischen Staatsregierung der weitere Ausbau der Akademischen Hebammenausbildung beschlossen. In den Ausschüssen, der Fraktion und bei Staatsminister Sibler hatte ich mit besonderem Nachdruck dafür geworben, dass die Technische Hochschule Aschaffenburg schon jetzt mit notwendigen Mitteln für einen rechtzeitigen Studienstart ausgestattet wird. Dort soll der neue Studiengang in gut 1 1/2 Jahren im Wintersemester 2022/23 starten. Ca. 30 Studienplätze pro Jahrgang sollen dann in Aschaffenburg zur Verfügung stehen.



Check: Die Technische Hochschule Aschaffenburg wird in der „Dritten Ausbaustufe“ bereits jetzt mit notwendigen Mitteln zum Aufbau des Studiengangs berücksichtigt.

Diese Entscheidung ist ganz wichtig, vor allem für die jungen Familien in der Region. Durch den Kabinettsbeschluss wird die Hebammenversorgung bei uns auch in Zukunft mit einer eigenen Ausbildungsstätte gesichert.

Die Aufstockung der Studienplätze, von der neben Aschaffenburg auch Augsburg als neu hinzukommender

Standort profitiert, war maßgeblich durch den Workshop der Fraktion im letzten Herbst angestoßen worden. Die Landtagskollegen, Staatsministerin Judith Gerlach und Berthold Rütth, haben das Projekt ebenfalls flankiert.

Das Aschaffener Klinikum ist Standort eines der größten Perinatalzentren in Bayern. Die Standortentscheidung war insofern konsequent, auch weil wir hier einen großen Erfahrungsschatz mit der bisherigen Hebammenausbildung haben. Insoweit stehen hier auch die notwendigen Strukturen bereit.

Mit dem absehbaren Ende der berufspraktischen Ausbildung (die aus bundes- und europarechtlichen Gründen endet) wird die Versorgung mit Hebammen nahtlos gesichert. Im Endausbau sollen in Bayern jährlich insgesamt mehr als 200 Studienplätze für die akademische Hebammenausbildung zur Verfügung stehen.

Währungssouveränität – kein Thema für uns?

Wir brauchen klare Regeln auch für digitale private „Währungen“!

Ein Thema, das in der Öffentlichkeit keine größere Resonanz findet, ist die Frage, welche Auswirkungen die privaten „Währungen“ auf die Europäische Union, auf Ihre Mitgliedstaaten und uns haben.

Vor einigen Tagen wurde in der bundesweiten Presse gemeldet, dass der Zahlungsdienstleister PayPal künftig BitCoin als Zahlungsmittel akzeptiert – zunächst auf die USA beschränkt. Das ist kein banales Ereignis und sollte uns politisch nicht egal sein!

Denn: Was ist der Grund, dass staatliche und supranationale Institutionen schnell auf Krisen beispiellosen Ausmaßes reagieren können? Führen wir uns vor Augen, was allein

in der aktuellen Pandemie möglich ist: Die Schuldensummen, die europäischen Staaten zur Bewältigung der Coronakrise aufnehmen, erreichen astronomische Höhen. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der Pandemiekrise geldpolitische Maßnahmen wie eine Ausweitung des Notkaufprogramms beschlossen. Hinzu kommt eine fortgesetzte Nullzins-Politik, die die Wirtschaft unterstützen soll. Gleichzeitig haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Maßnahmen zur gemeinsamen Bewältigung der Pandemie auf den Weg gebracht. Über einen Coronafonds werden die schwächeren betroffenen Staaten unterstützt. Man kann trefflich über die Sinnhaftigkeit der Einzelmaßnahmen sowohl der EZB wie der EU politisch

diskutieren und tut es auch. Fakt ist aber, dass über finanz- und währungspolitische Maßnahmen versucht wird – und das mit Erfolg – auf die tiefgehende wirtschaftliche Krise infolge der weltweiten Pandemie zu reagieren.

Die finanz- und währungsrechtlichen Handlungsinstrumente, die sowohl den Mitgliedstaaten als auch den supranationalen Organen der EU zur Verfügung stehen, sind auch für künftige Krisenbewältigung zentral! Die Frage ist aber, ob und wie lange sie der EU und auch den Mitgliedstaaten überhaupt noch in dieser Effektivität zur Verfügung stehen. Denn die Währungssouveränität der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union wird durch →



Eine Währung ist im weiteren Sinne die Verfassung und Ordnung des gesamten Geldwesens eines Staates (W. Schricker) Nicht umsonst leitet sich das Wort ‚Gewahrungleistung‘ von (staatlicher) Währung ab. Diese Bedeutung und Symbolkraft haben schon Kaiser in der Antike und bis heute auch Staatsoberhäupter mit ihrem Konterfei unterstrichen.

„Kryptowährungen“ massiv infrage gestellt. Während aber bislang der entscheidende Unterschied zwischen digitalen „Währungen“ (z.B. Bitcoin) und staatlichen bzw. supranationalen Währungen der Aspekt der Sicherheit war, entwickeln sich digitale „Währungen“ heute in Richtung abgesicherter Instrumente. Projekte wie Facebooks „Libra“ (seit Dezember 2020 „Diem“) fordern die bisherige Wirtschafts- und Währungsordnung in fundamentaler Weise heraus. Die Diskussion darüber beginnt gerade erst die Öffentlichkeit zu erreichen. Die Frage ist aber hoch relevant. Während sich die erste Generation digitaler privater „Währungen“ zu einer Anlage entwickelte, steht bspw. bei den Plänen von Facebook im Vordergrund eine zinslose und international anerkannte „Währung“ zu kreieren, die weltweit und jederzeit nutzbar ist.

Je mehr sich außerhalb staatlicher bzw. supranationalen Währungen private digitale „Währungen“ bilden, stehen klassische Elemente der Währungspolitik, wie z.B. die Steuerung von Inflation über Geldmengen und Zinsentwicklungen in Frage. Bislang waren viele der digitalen „Währungen“ dadurch in ihrer Verbreitung begrenzt, dass sie im

Endeffekt hochspekulativ waren und eine Absicherung für die Nutzer nicht gegeben war.

Die Entwicklung geht aber weiter in Richtung sogenannter *stablecoins*. Diese sollen mit Werten im Hintergrund abgesichert sein und als internationales digitales „Währungs“-produkt zur Verfügung stehen. Je stabiler eine solche Kryptowährung erscheint, je mehr Vertrauen eine solche Kryptowährung erlangt, umso mehr tritt sie in Konkurrenz zu staatlichen Währungen. Es reicht nicht aus, wenn die EZB und auch Staaten wie China eine eigene digitale Währung zur Verfügung stellen. Denn wenn sich daneben private „Währungen“ etablieren, entsteht etwas, das vom bisherigen Währungssystem nicht erfasst wird. Das etablierte System der Kontrolle und auch Absprache zwischen den Staaten und ihren Notenbanken ist für solche privaten „Währungen“ nicht gegeben.

Und auch einen weiteren Aspekt dürfen wir nicht aus den Augen verlieren: Währungen haben seit alters her Loyalität hergestellt und waren Symbole staatlicher Herrschaft. Nicht umsonst ließen römische Herrscher und Kaiser Münzen mit ihrem Konterfei anfertigen. Gerade die Ausgabe einer eigenen Währung ist eines der wichtigsten Symbole bei der Gründung von Staaten. Wer erinnert sich in Deutschland nicht an die „Stunde Null“, die Ausgabe der DM am Beginn des Wirtschaftswunders in der alten Bundesrepublik? Oder denken wir an die Plakate mit dem Slogan „Kommt die DM bleiben wir, kommt sie nicht geh’n wir zu ihr“ aus der Wendezeit. Wir haben noch relativ frisch in Erinnerung, wie schwer für viele der Abschied von der DM war und wie lange es gedauert hat, bis die Menschen sich mit dem Euro als „Ihre“ Währung identifizieren konnten. Diese Identifikation wird in Frage gestellt, wenn private digitale „Währungen“ den bisherigen Währungen den Rang ablaufen. Währungen sind ein Symbol der Gemeinsamkeit – sowohl auf

staatlicher als auch auf europäischer Ebene.



Bild oben: extreme Volatilität des Bitcoin-Kurses. April 2021 hat er im 5-Jahres-Vergleich 13.480% zugelegt. Zum Vergleich: Euro und US-Dollar haben im 5-Jahres-Vergleich einen Unterschied von 3,1% gemacht mit kurzzeitigen Schwankungsbreiten von bis zu 10%.

Bild unten: Bitcoin lässt sich einzig symbolisch mit einer dahinterstehenden Rechnerleistung abbilden. (Foto: AaronJOlson, Pixabay).



Bislang spielt in der Diskussion um digitale Souveränität die Währungssouveränität nicht die Rolle, die ihr zukommen sollte. Das muss sich ändern. Es wird nicht reichen, einen digitalen Euro als Konkurrenzprodukt einzuführen. Vielmehr muss privaten digitalen „Währungen“ eine feste Grenze aufgezeigt werden. Wir benötigen klare Regeln, wie sie für konventionelle Währungen schon lange existieren und funktionieren. Dann kann sich aus der Entwicklung privater digitaler „Währungen“ durchaus der eine oder andere Impuls für das bisherige Währungssystem ergeben. Anderenfalls droht ein signifikanter Machtverlust demokratischer Staaten zu Gunsten internationaler Digitalkonzerne und vielleicht auch diktatorischer Systeme. Das kann nicht im Interesse der Menschen in unserem freiheitlichen System sein.

Teile des Artikels sind erschienen in der FAZ, am 25 März 2021.

Teamplayerin, kompetent, durchsetzungsstark - Andrea Lindholz erneut für uns als Bundestagskandidatin nominiert

Die CSU im Bundeswahlkreis hat Andrea Lindholz erneut mit übertragender Mehrheit als Direktkandidatin für die Wahl im September nominiert. Sowohl im Blick auf die Zusammenarbeit im Mandat wie in der Partei: Wir können uns keine bessere Kandidatin für die Bundestagswahl im September wünschen. Ihr Einsatz in der Region ist vorbildlich. In Berlin wird ihre Stimme in der Innenpolitik gehört wie keine sonst.

Neuordnung der Logistikzentren des THW einen Standort für unsere Region in Alzenau gesichert. Das ist ein großer Erfolg für die regionale Zivil- und Katastrophenschutzversorgung.

Auch bei der Neu-konzeptionierung der Obernauer Mainschleuse hat sie die regionalen Interessen erfolgreich eingebracht und bei der Abstimmung der zahlreichen beteiligten Behörden gewirkt. Wichtig ist auch, dass sich dank ihr der zentrale Verkehrsknotenpunkt zwischen Autobahn, Aschaffenburg und Miltenberg entlang der B469 im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans befindet.

wirklich zur Umsetzung gelangten. Innenpolitisch gilt sie in Berlin als erste Adresse, was Reputation und Sachkenntnis angeht. Beispiele sind



Im Mai 2019 waren wir zum Baubeginn des Pilotprojekts „Lärmschutzwand mit Photovoltaik Elementen“ auf der A3 in Höhe Strietwald eingeladen. In jedem Fall auch ein interessanter Spaziergang auf einer der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands.



Ein gemeinsames Bild mit dem damaligen Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Januar 2018 bei den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene. Neben dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann, waren Andrea und ich für die CSU bei den Verhandlungen für den Bereich „Innen, Recht und Verbraucherschutz“ zuständig.

Die Lärmschutzwand als Pilotanlage mit Photovoltaik zur Stromerzeugung an der A3 zwischen Damm und dem Strietwald wäre ohne ihr beständiges Nachhaken bei den Stellen des Bundes und Argumentieren im Sande verlaufen. Vier Pilotprojekte wurden vor ca. 10 Jahren gemeinsam aufgelegt. Norbert Geis hatte 2010 dafür gesorgt, dass das Aschaffener Projekt berücksichtigt wurde. Alle anderen Projekte wurden bis heute ohne Realisierung beerdigt. Nur unser Projekt hat es dank der Beharrlichkeit von Andrea in die Realisierung geschafft. Bei vielen Diskussionen und Nachfragen auf Landesebene hat dabei die Abstimmung perfekt funktioniert. Mit kluger Argumentation hat unsere Bundestagsabgeordnete auch im Zuge der



Andrea hat auch den Besuch zahlreicher Gäste aus der Bundespolitik in Aschaffenburg ermöglicht. Hier sind wir im Frühjahr 2019 gemeinsam mit dem CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak Richtung Schöntal unterwegs.

Als Innenpolitikerin genießt Andrea einen herausragenden Ruf. Bei den Koalitionsverhandlungen 2018 mit der SPD in der Arbeitsgruppe „Innen und Recht“ gingen Verhandlungsrunden mehrere Tage bis in die Nacht hinein. Andrea war – das konnte ich immer wieder erleben – auch nach Stunden hochkonzentriert und hat mit ihrem Verhandlungs- und Argumentationsgeschick sehr zum Erfolg beigetragen.

Als Innenausschussvorsitzende hat sie in den folgenden Jahren mit dafür gesorgt, dass viele unserer Anliegen aus dem Koalitionsvertrag auch

die Reform des Einwanderungsrecht im Rahmen des großen Migrationspakets und der erste Heimatbericht für das vereinte Deutschland, der eine viel gezieltere Regionalförderung möglich macht.

Auch für die Digitalisierung des Rechtsstaates und seiner Behörden wurden in der Pandemiekrise Weichen gestellt. Und die personelle Aufstockung sämtlicher Sicherheitsbehörden des Bundes war ein wichtiger Punkt.

Andrea ist kompetent, sie ist durchsetzungsstark und vor allem ist sie ein Teamplayer. Sie nimmt sich Zeit für Diskussionen und Anliegen in unserer CSU. Sie verdient im kommenden halben Jahr des Wahlkampfes unsere Unterstützung, um die ich Sie, liebe Leserinnen und Leser, sehr herzlich bitte.

Mehr zur Aschaffener Bundestagskandidatin finden Sie auf www.lindholz.de oder folgen Sie ihr auf Facebook und Instagram @andra.lindholz

Nachruf auf Manfred Christ

Am 24. Dezember 2020 ist mein unmittelbarer Vorgänger im Landtag und Mitglied des Stadtrats verstorben.

Viele Jahre hat sich Manfred Christ geradlinig, grundsatztreu und mit christlichem Verantwortungsbewusstsein beispielhaft in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Der CSU war er im Alter von 18 Jahren 1958 beigetreten. Er war insbesondere über Jahrzehnte der Vorsitzende des Ortsverbandes Stadtmitte. In den Aschaffener Stadtrat wurde Manfred Christ erstmals 1972 gewählt. Er behielt dieses Mandat über fast 48 Jahre bis er es im Oktober 2019 aus gesundheitlichen Gründen auf eigenen Wunsch niederlegte. Über all die Jahre hat er sich als Stadtrat für die Anliegen unzähliger Menschen in Aschaf-

fenburg eingesetzt. Immer standen die Interessen der Stadt, der Region Untermain und ihrer Menschen im Zentrum seines Handelns.



Manfred Christ bei einer Ehrungsveranstaltung für unsere ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen der CSU Stadtratsfraktion im Sommer 2020

In den Bayerischen Landtag wurde Manfred Christ erstmals 1990 über die unterfränkische CSU-Liste gewählt. Dreimal wurde er über die Liste, einmal (2003) als Direkt-

kandidat für den Stimmkreis Aschaffenburg-West wiedergewählt. Im Landtag war er u.a. im Petitionsausschuss und im Wirtschaftsausschuss tätig. Umfassend und zuverlässig nahm er sich den Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger an. Die Menschen schenkten Manfred Christ ihr Vertrauen, weil sie in ihm einen engagierten Streiter für ihre Interessen und ihre Heimatregion erkannten.

Wir verlieren einen guten Freund und eine herausragende Persönlichkeit. Wir sagen ihm Dank für sein vielfältiges und beispielhaftes Engagement und verneigen uns vor seiner Lebensleistung. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

„Islamischer Unterricht“ als neues Wahlpflichtfach

Hintergründe zur Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung

Im Februar 2021 hat das Bayerische Kabinett Modellversuch „Islamischer Unterricht“ als neues Wahlpflichtfach verstetigt. Was ist Gegenstand dieses bayerischen Modells?

Zunächst ist das Wahlpflichtfach kein Religionsunterricht im verfassungsrechtlichen Sinne. Ein solcher setzt die Vermittlung des Bekenntnisinhalts, d.h. der Glaubenssätze der jeweiligen Religionsgemeinschaft als bestehende Wahrheiten voraus. Dies wäre nur möglich, wenn es eine kooperierende Religionsgemeinschaft gibt.

Der weltanschaulich-religiös neutrale Verfassungsstaat darf die Bekenntnisinhalte eines konfessionellen Religionsunterrichts nicht selbst definieren. Er hat lediglich zu gewährleisten, dass die Inhalte nicht im Widerspruch zu den wesentlichen Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Im Gegensatz z.B. zu den christlichen Kirchen, die in Bayern

Kooperationspartner des Staates sind, fehlt den meisten der im Freistaat tätigen muslimischen Gemeinschaften Organisationsgrad, Zielsetzungen und Struktur einer entsprechenden Religionsgemeinschaft. Außerdem sind die große Mehrheit der Muslime in Bayern und auch die große Mehrheit der muslimischen Schülerinnen und Schüler gerade nicht Mitglied einer der muslimischen Verbände.



Ein Bild vom Felsendom bei meinem Besuch in Jerusalem 2019.

Wenn das einzuführende Fach „islamischer Unterricht“ kein Religionsunterricht ist, was ist er dann?

Das künftige Wahlpflichtfach liegt ein entkonfessioniertes Konzept zugrunde, das islamkundlichen Inhalte mit Wertebildung verbindet. Wie in dem noch laufenden Modellprojekt vermittelt es Wissen über die islamische Religion, das Grundrecht der Religionsfreiheit sowie eine allgemeine Wertebildung im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Was unterscheidet dieses Wahlpflichtfach vom Ethikunterricht?

Die Teilnahme am Ethikunterricht ist mit der Abmeldung vom Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen grundsätzlich verpflichtend. Voraussetzung um alternativ zum Ethikunterricht am Wahlpflichtfach „Islamischer Unterricht“ teilzunehmen ist eine ausdrückliche Anmeldung durch Erziehungsberechtigte. →

Wieso ist es erforderlich, ein solches Angebot in bayerischen Schulen anzubieten?

Einige islamische Verbände, die auch in Bayern aktiv sind, vermitteln ihren Mitgliedern und deren Kindern ein Menschen- und Gesellschaftsbild, das mit den Vorstellungen unseres demokratischen freiheitlichen Rechtsstaats in wichtigen Punkten nicht übereinstimmt. Gleichzeitig ist der Organisationsgrad dieser Gemeinden nicht besonders hoch. Nicht wenige dieser Muslime wollen, dass ihre Kindern Kenntnisse über den Islam als Religion vermittelt werden. Dennoch wollen sie ihre Kinder nicht in einen orthodox-islamischen Koranunterricht geben. Mit dem islamischen Unterricht wird

hier ein staatlich organisiertes und klar an den Werten des Grundgesetzes ausgerichtetes Angebot gemacht.

Gibt es auch in Bayern zunehmend religiös motivierte Auseinandersetzungen unter Schülern?

Einzelne Berichte auch in Bayern deuten auf Auseinandersetzungen hin. Beispielsweise über religiös motivierte antisemitische und herabwürdigende Äußerungen von Kindern gegen Andersgläubige. Es sind wenige, dennoch sollten wir sie ernst nehmen.

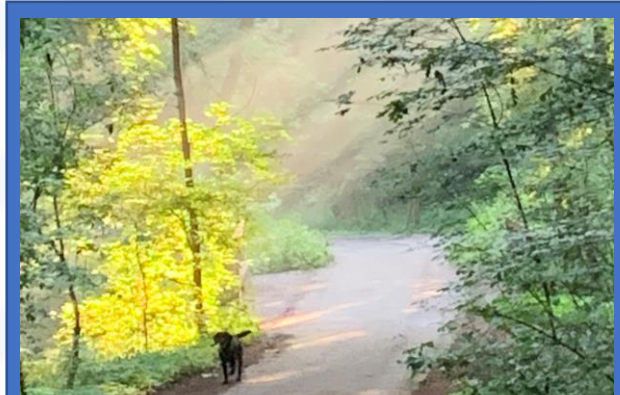
Kann ein solcher Unterricht dazu beitragen, Radikalisierung von Schülern zu verhindern?

Ja, denn er eröffnet Eltern eine Alternative zu Angeboten teils orthodoxer Organisationen, die klar an unseren Werten ausgerichtet ist.

Welche muslimischen Gruppen und Organisationen werden bei der Aufstellung der Lehrpläne beteiligt?

Die Überarbeitung des Lehrplans nach dem Ende des Modellversuchs verlagert den Fokus vom ursprünglichen „Erlanger Lehrplan“ zu einem entkonfessionalisierten Konzept. Natürlich steht der Staat mit verschiedenen Organisationen in Kontakt. Dennoch wird der Lehrplan des Faches allein von ihm verantwortet.

Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Osterfest!



Impressum – Standpunkt Bausback

Newsletter des
Landtagsabgeordneten,
Prof. Dr. Winfried Bausback,
Staatsminister a.D. Herausgegeben
im Selbstverlag. Herausgeber,
Verfasser, V.i.S.d.P. :
Winfried Bausback,
Stimmkreisbüro Bausback,
Knodestr. 3, 63741 Aschaffenburg.
Die Artikel geben die Meinung des
Verfassers wieder.
Alle Angaben ohne Gewähr.
Für Druckfehler wird keine Haftung
übernommen.
Bildnachweis (soweit nicht anders
angegeben):
Stimmkreisbüro Bausback
Kontakt:
info@winfried-bausback.de,
Tel.: 06021 58 28 540,
Fax: 06021 58 28 544
Erschienen am 01. April 2021

